Österreichische
www.sparkasse.at
Sparkassen Zeitung
ERSTE BANK SPARKASSE
Nummer 4-5 | Mai 2011 | 98. Jahrgang

„Erklären, warum Banken gut für das Land sind“

Christian Aichinger, Präsident des Sparkassenverbandes, im Interview

Christian Aichinger wurde beim Sparkassentag 2011 zum neuen Präsidenten des Sparkassenverbandes gewählt. Im Interview sagt er zum geplanten neuen Corporate Design der Sparkassengruppe: „Wir haben nun die Möglichkeit zu zeigen, dass wir aus der Krise gelernt haben und dokumentieren das auch nach außen.“

Der berufliche Werdegang

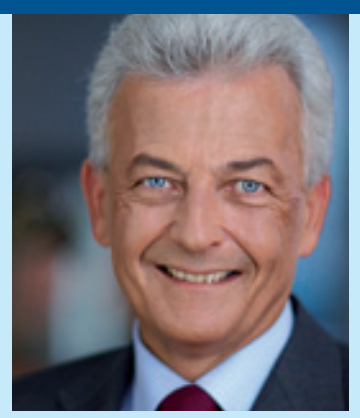
Der gelernte Jurist startete seine Bankkarriere 1978 in der Girozentrale als Mitarbeiter der Abteilung Recht und Steuern. Am 1. März 1985 übernahm er in einer schwierigen Zeit die Position eines Vorstandsdirektors der Wiener Neustädter Sparkasse und ist dort seit September 2008 als Vorsitzender des Vorstandes tätig. Während seiner Tätigkeit als Vorstandsdirektor übernahm der zweifache Familienvater zahlreiche Positionen und Aufgaben innerhalb der Sparkassengruppe – darunter Obmann des Landesverbandes der NÖ Sparkassen und der Arge s Regional, Mitglied des Vorstandsausschusses und des Vorstandes des Sparkassenverbandes und Geschäftsführer der s Haftungs- und Kundenabsicherungs GmbH.
Christian Aichinger wurde am 30. Mai 2011 von der Vollversammlung zum Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes gewählt.

Der neue Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, Christian Aichinger, spricht Klartext: In einer gemeinsamen Anstrengung soll die Kreditwirtschaft dem Banken-Bashing der Politik den Wind aus den Segeln nehmen. Im folgenden Interview gibt er auch ein deutliches Bekenntnis zu den Tugenden der „Biene“ ab.

Sparkassenzeitung: Herr Aichinger, Sie beginnen Ihre Präsidentschaft in einer für die Kreditwirtschaft insgesamt nicht gerade leichten Zeit. Warum ist es in Österreich so schwer, das Bild der Banken in der Öffentlichkeit positiver zu besetzen?
Aichinger: Österreich ist in vielen Teilen leider auch eine Neidgesellschaft. Für Politiker ist es daher leicht, die gut verdienenden Banker in ein schlechtes Licht zu rücken. Banken sind ein billiges Opfer, wenn man irgendwo einen Schuldigen braucht.
Die Banken wiederum machen den Fehler, dass sie die eigenen Leistungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft viel zu wenig hervorheben. Für den Durchschnittsbürger ist die Bank an sich ein nicht durchschaubares Gebilde. Für ihn ist es schwierig zu erkennen, wie wichtig Banken für unsere Volkswirtschaft sind. Das Geld der Sparer wird in Form von Krediten wieder weitergegeben – die Bank ist nur der Transformator, und das müssen wir in Zukunft in größerem Ausmaß kommunizieren.

Bei einer aktuellen Studie über das Vertrauen der Bürger gegenüber Institutionen stellen die Befragten ihrer Hausbank ein gutes Zeugnis aus, den Banken im Allgemeinen aber nicht. Woran kann das liegen?
Wir befinden uns in einem Spannungsfeld, das uns die Börsen bescheren. An der Börse können Gewinne nicht beschränkt werden, nur um absolut seriös zu wirtschaften. Da kommt es unweigerlich zu Kursabstürzen. Der Kunde erlebt seine Hausbank im Einzelgeschäft, bei dem er sich offensichtlich auch gut betreut fühlt. Der Bürger schafft es aber offensichtlich nicht, die Tatsache zu transformieren, dass seine Bank ein Bestandteil des gesamten Bankensektors ist. Diese Diskrepanz gilt es aufzulösen.

MEINE MEINUNG

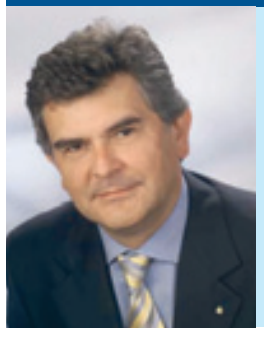


Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Wachsender Zorn

Man glaubte, sich verhört zu haben: Der Bundeskanzler und der Bundesgeschäftsführer seiner Partei spekulierten öffentlich über eine künftige Erhöhung der Bankensteuer. Tenor: Wenn die Gewinne der Kreditinstitute weiter steigen, dann könne ja der Staat unter diesem Titel noch kräftiger zulangen. Wie bitte?
Die Abgabe ist schon in ihrer jetzigen Form eine Abstrusität, weil sie das Geschäftsmodell einer soliden Kundenbank falsch besteuert. Sie wird politisch gleichsam als Strafabgabe begründet, setzt bei der Bilanzsumme an und lässt völlig außer Acht, dass die heimischen Banken jetzt alle Kraft für die Ausweitung ihrer Eigenkapitalbasis brauchen, um die Fähigkeit zur Kreditfinanzierung der darauf angewiesenen kleinen und mittleren Unternehmen sicherzustellen. Der Applaus am Boulevard und an den Stammtischen ist der Sache zwar sicher, aber wirtschafts- und fiskalpolitisch handelt es sich um eine hochgradige Fehlentscheidung. Zumal in anderen Ländern – wie etwa in Deutschland – ähnliche Abgaben dem Aufbau von Reservefonds für künftige Krisenfälle dienen, während hierzulande 500 Mio. Euro auf direktem Wege in die öffentlichen Haushalte fließen – mit 150 Mio. Euro als Körberlgeld an die Länder.
Jetzt noch die Rute im Fenster: Wer trotz dieses Eigenmittelentzugs betriebswirtschaftlich erfolgreich agiert, der soll noch stärker zur Steuerkasse gebeten werden! Das verstärkt den Verdacht, Mangel an Financial Literacy im Lande sei nicht nur ein Breitenphänomen unserer Gesellschaft, sondern verursache auch den gravierenden Mangel an Wirtschaftskonzepten, der bis weit in die Führungsetagen der größeren der beiden Koalitionsparteien reicht.
Oder ist alles doch nur polittaktisches Kalkül? Auch dafür spricht einiges: etwa die Tatsache, dass der Bundeskanzler und viele Spitzen aus seiner Partei gezielt den Eindruck verfestigen wollen, der Staat habe die österreichischen Banken vor dem Ruin gerettet.
Dass es sich überwiegend um hochverzinstes Partizipationskapital gehandelt hat, das wird in vielen politischen Stellungnahmen „nobel“ verschwiegen. Und so ist man am Stammtisch und am Boulevard weiterhin bereit zu glauben, dass die auch in Österreich „gierigen Banken“ die Verluste sozialisieren und die Gewinne den Aktionären „zuschanzen“.
Der Zorn und das Unverständnis über diese gezielt verzerrte öffentliche Darstellung wachsen. Das bewusste oder unbewusste Negieren der entscheidenden Funktion von Banken für die Aufrechterhaltung und die Stärkung der Investitionsbereitschaft und damit von Wachstum und Beschäftigung im Lande ist nicht nur standortschädigend, sondern politisch ganz einfach nicht mehr akzeptabel!
Kein Wunder, dass es auch in der Kreditwirtschaft eine steigende Zahl von „Wutbürgern“ gibt.

SPARKASSEN

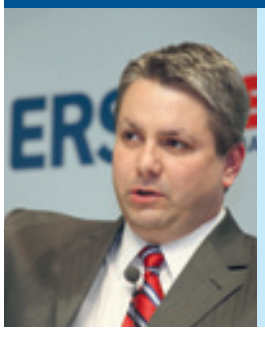


Auf dem Weg zur Nummer 1

Erwin Hammerbacher und sein Team der s Versicherung feiern den 25. Geburtstag

Seite 4

SPARKASSEN



Plug & Bank

Peter Bosek erklärt die neue Internet-Beratung der Erste Bank

Seite 5

WIRTSCHAFT

Kommt die Tugend des Sparens aus der Mode?

Josef Christl über den Zusammenhang von Sparquote und Investitionen

Seite 6

Postentgelt bar bezahlt. Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt Wien 1030 | Zlg. Nr. GZ 02 Z 031269 M

SPARKASSEN NEWS

Verbesserung auf hohem Niveau

Die Kunden der Vorarlberger Sparkassen sind mit ihren Hausbanken sehr zufrieden. Das zeigt eine Umfrage, die bei 2.500 Kunden durchgeführt wurde. Mit einer Durchschnittsnote von 1,39 schnitten die fünf Ländle-Sparkassen noch besser ab als im vergangenen Jahr, wo sie mit 1,43 bewertet worden waren. Verbesserungen gab es vor allem in folgenden Bereichen: Preis-Leistungs-Verhältnis, Kontinuität der Kunden-Berater-Beziehung, Eingehen auf individuelle Bedürfnisse, Erreichbarkeit sowie Informationsqualität und Intensität der Beratung.

Die Vorstandsvorsitzenden der Vorarlberger Sparkassen: Hermann Bachmann (Egg), Werner Böhler (Dornbirn), Michel Haller (Bregenz), Anton Steinberger (Feldkirch) und Christian Ertl (Bludenz)

Gründer-Event in Graz

„Die Geschäftsideen von heute sind die Chancen von morgen", davon sind die Organisatoren des Gründerevents „STARTup Live Graz" überzeugt. In den Räumlichkeiten der Steiermärkischen Sparkasse konnten Gründer und Gründungsinteressierte vier Tage lang ihre Geschäftsideen vorstellen und Mitstreiter finden. Dabei wurden diese von Mentoren aus verschiedenen Bereichen unterstützt. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Moritz Plassnig (Start Europe), Bernhard Weber (Science Park), Dagmar Eigner-Stengg (Leiterin des steirischen GründerCenters), VDir. Franz Kerber (Steiermärkische Sparkasse), Emmerich Wutschek (Science Park) und der Moderator von Start Europe

„Lange Nacht" der Förderungen

Erste Bank und Wirtschaftskammer luden in Wien gemeinsam zur „Langen Nacht der Förderungen". An Beratungsständen hatten Unternehmer die Möglichkeit, sich über die wichtigsten Förderstellen und Institutionen zu informieren. Mit Beratungsständen vertreten waren aws – Austria Wirtschaftsservice, Wirtschaftskammer Wien, WIFI, WKBG (Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft), Wirtschaftsagentur, Österreichische Hotel- und Tourismusbank sowie das Erste Bank GründerCenter.

Georg Wailand zu Gast in Ried

Rund 250 interessierte Besucher folgten der Einladung der Sparkasse Ried-Haag zu einem Wertpapier-Informationsabend unter dem Motto „Veranlagungschancen in stürmischen Zeiten". Gastreferent Georg Wailand, Herausgeber des Wirtschaftsmagazins GEWINN, befasste sich in seinem Vortrag mit dem weltwirtschaftlichen Umfeld und gab einen Ausblick auf Zins- und Wirtschaftsentwicklung. Er präsentierte aber auch einen Überblick über das Potential von Aktien und Rohstoffen verschiedener Branchen und Regionen und ging auf mögliche Trends auf den globalen Aktienmärkten ein.

VDir. Wilfried Bachmayr, Wertpapierspezialist Josef Erlachner, Petra Dürrer und VDir. Hermann Starzinger (alle Sparkasse Ried-Haag) mit Gastreferent Georg Wailand (Mitte).

Also wollen Sie unter Ihrer Präsidentschaft eine Kommunikationsoffensive starten?
Ich werde mich sicherlich bemühen, diese Problematik bei jeder Gelegenheit zu thematisieren. Ich glaube auch, dass es sehr wichtig wäre, in diesem Punkt auf oberster Ebene gemeinsam aufzutreten. Nicht der Wettbewerb soll hier im Mittelpunkt stehen, sondern der ernsthafte Versuch, der Öffentlichkeit zu erklären, was Banken tun und warum sie gut für das Land sind.

Das bringt uns zum Schlagwort Financial Literacy, also Basiswissen über finanzwirtschaftliche Zusammenhänge. Könnte mit mehr Wissen leichter ein besseres Image erzielt werden?
Es ist unbestritten, dass es in diesem Bereich ein Bildungsdefizit gibt. Viele Kinder beispielsweise – ich sehe das bei den Exkursionen von Schulklassen in unserer Sparkasse – können nicht erklären, was eine Bank ist und was sie mit dem eingelegten Geld macht. In vielen Familien ist es immer noch so, dass Geldgeschäfte zentralisiert – also nur von einer Person – getätigt werden und die anderen Familienmitglieder im Umgang mit den Finanzen Defizite haben. Schon der Bürger mit seiner schulischen Basisausbildung sollte erklären können, wie Banken mit dem Geld arbeiten. Daher ist den Sparkassen das Thema Financial Literacy auch ein besonderes Anliegen. Wir organisieren beispielsweise Vorträge in Schulen und haben aus Aufklärungsgründen auch einen eigenen Film mit dem Sparefroh drehen lassen.

Die Sparkassen planen einen neuen Auftritt, die Biene soll das neue Emblem der Gruppe werden. Untermauert wird das neue Corporate Design auch mit einem neudefinierten Wertegebäude. Wie sehen Sie den Prozess und was erwarten Sie sich von der Neuorientierung?
Lassen Sie es mich so sagen: Gewünscht haben wir uns den Prozess wahrscheinlich nicht, es gibt aber einige Gründe, die dafür sprechen und die wir als Chance sehen sollten. Wenn in Deutschland das Regionalitätsprinzip fällt, und das wird irgendwann kommen, dann werden die deutschen Sparkassen nach Österreich expandieren. Die österreichischen Sparkassen haben dann eine Marke, die sich ganz klar von jener der Deutschen unterscheidet. Im Gegensatz zu den österreichischen Sparkassen ist es den deutschen nämlich erlaubt, das rote s auch im Ausland zu verwenden. Außerdem ist der Zeitpunkt für ein Rebranding ein günstiger. Wir haben nun die Möglichkeit zu zeigen, dass wir aus der Krise gelernt haben, und dokumentieren das auch nach außen. Wir müssen uns daran orientieren, wo wir herkommen. Die Biene steht für Fleiß, Strebsamkeit, Sparsamkeit und Vernunft. Sie ist ein positiv besetztes Symbol, das für unsere Zwecke gut genutzt werden kann.

Dieser ideologische Unterbau entspricht ohnehin den Prinzipien der Sparkassen. Würden Sie so weit gehen, die Sparkassen als eine ethischere Gruppe zu sehen als die Mitbewerber?
Das müssen wir noch unter Beweis stellen. Auch hier gibt es schließlich ein Spannungsfeld: Die börsenotierte Erste Bank im Blickfeld der internationalen Kapitalmärkte versus das Gewinnstreben einer Sparkasse. Eine Sparkasse muss nur so viel Gewinn erzielen, dass sie sich selbst erhalten kann. Sie ist beim Eigenmittelaufbau auf die Innenfinanzierung angewiesen, aber viel mehr muss nicht lukriert werden. Sparkassen müssen ehrlich und anständig mit den Kunden umgehen. Wenn ein Mitarbeiter einem Kunden zu mehr Ausgaben rät als dieser Einnahmen hat, tut er ihm damit nichts Gutes. In unserer Beratung müssen wir Existenzen absichern und nicht zerstören. Außerdem sind die Anreizsysteme für die Mitarbeiter nicht auf Druckverkäufe ausgelegt. Das ist ein Vorteil.

Christian Aichinger gibt sich überzeugt: „Wir müssen gehört und die Sparkassen als wertvolles Element in der Gesellschaft wahrgenommen werden." Bild: Das Haus des Sparkassenverbandes in Wien.

Die Sparkassen haben überdies einen Gründungsauftrag für die Förderung des Gemeinwohls zu erfüllen. Sehen sie diesen in der Zukunft gefährdet oder bleibt er ein stabiler Faktor in der Sparkassenpolitik?
In der Politik der Sparkassen bleibt er mit Sicherheit ein stabiler Faktor, in der Auswirkung wird er jedoch weniger bemerkbar sein. Dafür gibt es einen ganz einfachen Grund: Der Kuchen, der zu vergeben ist, wird immer kleiner, die finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, werden weniger. Dennoch ist und bleibt es unsere Aufgabe, die Standortqualität der Region zu verbessern. Bestand zu Gründungszeiten noch die Intention, den Armen und Bedürftigen zu helfen, so steht heute vor allem die ökonomische und gesellschaftliche Förderung der Region im Mittelpunkt.

Welche Aufgabe kann dabei den Stiftungen zukommen?
Die einzelnen Stiftungen haben sich aus sparkassenpolitischen Gründen entwickelt, sie sind die Rechtsträger der Sparkassen. Somit sind sie auch ein ganz entscheidender Teil des Sparkassenwesens und sollen auch bestimmte Aufgaben wahrnehmen. Das heißt auch, dass Stiftungen über die Holding-Funktion hinaus und im Sinne ihrer Gründung nachhaltige Projekte fördern sollen. Aber wenn das Bild der Bank in ein positives Licht gerückt werden soll, dann müssen auch Initiativen aus dieser Richtung kommen. Es reicht nicht, eine Bank zu sein, die zwar gut verdient und sämtliche wohltätigen Aktivitäten über die Stiftung spielen lässt.

Wo sehen Sie die Sparkassen in Österreich in fünf Jahren?
Ich bin ein Verfechter der Service- und Leistungswirtschaft. Mein oberstes Ziel ist nicht die Marktführerschaft. Das wäre derzeit auch kaum zu realisieren, weil uns dazu einfach die Filialdichte fehlt. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir durch Leistung und Qualität punkten und uns mit dem Modell Sparkasse sehr gut positionieren können. Damit meine ich die Sparkasse als Bank der Gesellschaft, als eine unabhängige Bank, die nicht unter politischem Druck steht, und als offene Bank. Wer bei einer Bank sein möchte, in der Menschen aus der Region über die wirtschaftlichen Belange in der Region entscheiden, der ist bei den Sparkassen gut aufgehoben.

Das heißt, für Sie steht nicht Marktführerschaft, sondern eher Meinungsführerschaft im Vordergrund?
Ja, genau das sollten wir anstreben. Wir müssen gehört und die Sparkassen müssen als wertvolles Element in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Wenn Gesetze beschlossen werden, dann müssen sie auch im Interesse der Kunden und nicht nur zur Refinanzierung der Staatskassen gemacht werden. Dafür treten wir ein: Meinungsführerschaft, Leistungsführerschaft und das Aufwerfen von brisanten Gesellschaftsthemen müssen von uns kommen.

Welche Bedeutung messen Sie dem Haftungsverbund bei?
Ich bin bekanntlich ein Mitbegründer des Haftungsverbundes und somit ein Partner der ersten Stunde. Außerdem bin ich ein Verfechter der Gruppe, und ich bin überzeugt, dass keine österreichische Sparkasse in der Lage ist, ihr Geschäft allein zu machen. Es gäbe kein gemeinsames Rechenzentrum, keine gemeinsame Produktentwicklung und EDV-Struktur. Der Wert des Verbundes für die Gruppe ist einfach sehr hoch. Ich bin daher überzeugt, dass der Haftungsverbund verteidigt werden muss.

Das Gespräch führten Andreas Feichtenberger und Milan Frühbauer.

Jugend ohne Bank?

Jugendmärkte: Gefragt sind Flexibilität und Verlässlichkeit

Sandra Paweronschitz
Nina Hoppe

Politikverdrossen, süchtig nach Computerspielen, ohne Handy nicht überlebensfähig und ganz und gar unerzogen. Ist das die Jugend von heute? Oder sprechen wir schon von Multimediaexperten, die kritisch denken und dabei bestens vernetzt sind? Wie ticken die jungen Leute? Und wie müssen wir in der Sparkassengruppe damit umgehen, um von der Jugend als Partner ernst genommen zu werden? Fragen über Fragen …

Was verlangen Jugendliche von ihrer Sparkasse? Flexible Verlässlichkeit in Zeiten des Umbruchs.

„Die Sparkassengruppe sieht die Jugend als respektablen und gleichwertigen Partner. Um zu zeigen, dass sie sich mit den Bedürfnissen und ständig wechselnden Anforderungen der Jugend an die Gesellschaft auseinandersetzt, widmeten wir den Sparkassentag 2011 in Graz diesem Thema“, so Michael Ikrath, Generalsekretär des Sparkassenverbandes.

„Kindheit“ und „Jugend“ sind in der Mentalitätsgeschichte eigentlich junge Begriffe und wurden erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts geläufig. Der Begriff Jugend war dabei alles andere als positiv besetzt, sondern wurde mit Gefährdung, Verwahrlosung und Kriminalität assoziiert. Die „Jugend“, das waren männliche Angehörige der Arbeiterklasse im Alter zwischen 13 und 18 Jahren, die sich für sozialistisches Gedankengut empfänglich zeigten. Erst mit den Jugendbewegungen des 20. Jahrhunderts erfuhr der Begriff „Jugend“ eine Aufwertung. In den 30er und 40er- Jahren wiederum wurde die Jugend von nationalistischen und faschistischen Strömungen missbraucht. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war es dann gerade die Jugend, die neue Ideen einbrachte, verkrustete Strukturen aufbrach und lautstark Reformen forderte.

„Das größte Übel der heutigen Jugend besteht darin, dass man nicht mehr dazugehört“, bemerkte einst Salvador Dalí. Dabei ist Dalís Aussage heute nicht mehr up to date. Längst ist „Jugendlichkeit“ zu einem Wert an sich aufgestiegen, wie Philipp Ikrath vom Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung konstatiert. Heute könne die Jugend nicht mehr auf traditionelle Rollen- und Lebensmuster zurückgreifen, sondern sie sei gezwungen, sich selbst zu erfinden. Ikrath: „In einer solchen Kultur müssen die Älteren von den Jüngeren lernen. Die Jungen weisen den Älteren den ‚Weg ins Unbekannte‘.“

Mittlerweile stehe Jugendlichen und jungen Erwachsenen die ganze Welt offen. Entscheidungen müssen aber meist ohne Rollenbilder mit Vorbildcharakter getroffen werden. Genau diese Kreativität und Spontaneität der Jugend seien positiv besetzte Eigenschaften und würden mit dem Begriff „Jugendlichkeit“ gleichgesetzt. Philipp Ikrath: „Die Jugend ist also trotz ihrer nach wie vor begrenzten Einflussmöglichkeiten in Politik und Wirtschaft zumindest zu einem kulturellen Vorbild geworden. Ein Produkt, das mit jungen Menschen wirbt, kaufen durchaus auch jene, die diesem Alter bereits entwachsen sind, umgekehrt funktioniert das allerdings kaum.“

Rückkehr des Materialismus

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging es darum, sich selbst zu verwirklichen und idealistische Gesellschaftsutopien in die Realität umzusetzen. Jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, stehen wieder Werte wie Einkommen, Konsum, Karriere und Sicherheit an erster Stelle. Die Welt ist durch Globalisierung klein geworden, Krisen finden weltweit statt, Terror beschränkt sich nicht mehr auf einzelne Punkte der Landkarte. Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der, wie ihnen sehr wohl bewusst ist, etwa die Finanzierung des Sozialstaates oder der Pensionen für ihre Generation nicht mehr sicher ist.

Finanzberatung als Stabilitätsfaktor

Die Erste Bank und die Sparkassen haben die Aufgabe, sich unter diesen Rahmenbedingungen um den Kundennachwuchs zu kümmern. Peter Bosek, Vorstandsdirektor der Erste Bank Oesterreich, definiert die Ziele in diesem Bereich folgendermaßen: „Unsere Umwelt unterliegt tiefgreifenden Änderungen. Wir können von der Jugend lernen, um auch unser Unternehmen weiterzuentwickeln. Dazu wird es auch notwendig sein, unseren Marktanteil in diesem Bereich zu erhöhen.“
Wo aber holt man Jugendliche ab? Einer der Hauptgründe für die Wahl der ersten Bankbeziehung ist die Orientierung des Jugendlichen daran, wo Eltern oder Freunde ihr Konto haben. Der gesetzliche Vertreter hat maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung bei der Kontoeröffnung. „Neben zielgruppengerechter Kommunikation mit den Jugendlichen sind die gleichzeitige Ansprache über den Familienverbund und die klassische Weiterempfehlung die wichtigsten Strategien bei der Neukundengewinnung von Jugendlichen“, so Peter Bosek.

Bedeutung von Web 2.0

Bereits 95 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren sind auf Facebook aktiv. Jugendliche nutzen diese Plattformen, um sich selbst darzustellen, und vor allem, um zu kommunizieren. In den von der Sparkassengruppe umgesetzten Kampagnen und Kommunikationsstrategien ist die Integration von Social Media ein wesentlicher und zentraler Bestandteil. So werden im Rahmen von spark7 Kampagnen u. a. virale Spots in Umlauf gebracht, maßgeschneiderte Facebook APPs eingesetzt und auf spark7.com gezielt Blogs angeboten. „Wir sehen, dass die Akzeptanz der Jugendlichen für zielgruppenaffine Ansprache zu Bankthemen über diese Kanäle sehr gut ist. Die Nutzung von Social-Media-Kanälen ist für die Sparkassengruppe unumgänglich. Wir müssen jedoch darauf achten, dass diese Art zu kommunizieren zu uns passt und dass wir glaubwürdig bleiben. Eines dürfen wir jedoch dabei nicht vergessen: Der persönliche Kundenkontakt ist nach wie vor wichtig und kann durch Social Media nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden“, so Peter Bosek.

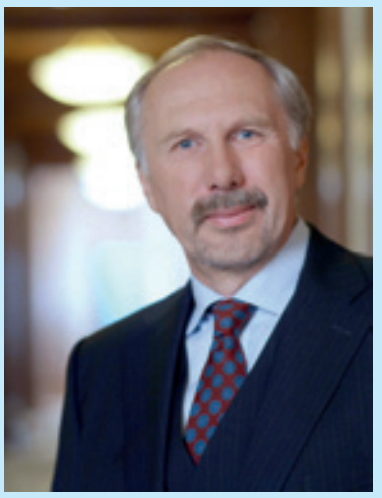
Der diesjährige Sparkassentag in Graz stand ganz im Zeichen der Jugend. Ausführliche Berichte über den Sparkassentag finden Sie in der Juli-Ausgabe.

FINANCIAL LITERACY NEWS

Neue Arbeitsunterlage der AWS

Nach dem großen Erfolg, den die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule mit den ersten beiden Lehrunterlagen zum Thema „Umgang mit Geld“ hatte, befindet sich nun der dritte Teil kurz vor der Fertigstellung. Die ersten Teile beschäftigten sich mit dem Zahlungsverkehr und dem Sparen, der dritte Teil trägt den Titel „Meine erste Finanzierung“. Die Unterlage wird im Herbst allen Lehrern und Professoren für Wirtschaftskunde an den Hauptschulen und den AHS zur Verfügung gestellt und soll die Schüler mit den Möglichkeiten zur Finanzierung der ersten Wohnung, des ersten Autos, einer größeren Reise und ähnlicher Wunschgüter vertraut machen. Zugleich wird aufgezeigt, was man vor einer Finanzierungsentscheidung beachten muss und welche Gefahren dabei drohen. Der AWS-Vorsitzende Wilhelm Kraetschmer vom Sparkassenverband freut sich, „dass damit wieder ein wichtiger Baustein der schulischen Finanzausbildung der Jugend geschaffen wurde“.

OeNB-Symposium „Initiative Finanzwissen“



Neben der Sparkassengruppe ist die Oesterreichische Nationalbank ein wesentlicher Träger der Financial Literacy. Bei einem Symposium im April ergab sich die Gelegenheit, mit anderen Bildungsanbietern aus Österreich zu diskutieren und bestehende Informationsangebote stärker zu vernetzen. Kern des neuen OeNB-Projekts „Initiative Finanzwissen" sind zwei Aspekte, erklärt Gouverneur Nowotny (Foto): „Einerseits soll dem Einzelnen bewusst gemacht werden, dass höhere Renditen auch mit höheren Risiken verbunden sind. Andererseits sollen insgesamt den Bürgerinnen und Bürgern zur Stärkung ihrer Mündigkeit grundlegende ökonomische Kenntnisse – etwa die Auswirkungen von Wechselkursänderungen, Inflationsthemen usw. – vermittelt werden.“ Im Rahmen dieses Projekts wird die OeNB weitere Informations- und Wissenspakete erstellen – so soll es spezielle Module zu den Schwerpunkten „Risikoabschätzung bei Finanzprodukten“ und „Notenbankpolitik“ geben. Zudem wird euroraumweit der Wettbewerb „Generation €uro Students Award“, für dessen Organisation und Durchführung in Österreich die OeNB verantwortlich ist, veranstaltet.

Neue Studie des Sparkassenverbandes

Im Sparkassenverband wird derzeit eine umfassende Studie zum Thema „Financial Literacy“ ausgewertet, die in Auftrag gegeben wurde, um ein genaueres Bild von der Tätigkeit der einzelnen Sparkassen in diesem Bereich zu erhalten. Besonderes Augenmerk gilt der Unterstützung der regionalen Institute. Wie können deren Bestrebungen, Kindern und Jugendlichen umfassende finanzielle Allgemeinbildung zu vermitteln, erleichtert werden? Die ersten Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Sparkassen über zahlreiche Kooperationen mit Schultypen aller Altersstufen vom Kindergarten bis zu AHS- und BHS-Oberstufen verfügen. Mehr als 25.000 Schülerinnen und Schüler werden von diesen Aktivitäten in ganz Österreich jährlich erfasst, dazu kommen noch zahlreiche Berufsschulklassen.

Kindermuseum in Graz zeigt die Welt der Finanzen

Mit der Ausstellung „Was kost’ die Welt“ bringt das Kindermuseum Frida und Fred jungen Menschen das Thema Geld näher, beschreibt seine Geschichte und seine Funktion als allgemeines Tauschmittel. Außerdem lernen die Kids wie Münzen und Scheine hergestellt und unter die Leute gebracht werden. Die Kinder haben in dieser Ausstellung die Möglichkeit mit den Grundbegriffen des Geld- und Finanzwesens in Kontakt zu kommen. Sie lernen, dass man arbeiten muss, um Geld zu verdienen, und Geld nicht im Überfluss vorhanden ist. So wird der Grundstein für das spätere Geldwissen, wie gehe ich mit Geld um, wie budgetiere ich richtig, wie vermeide ich Schulden, gelegt.
Unterstützt wird das Museum erstmals durch die Steiermärkische Sparkasse: „Durch diese Ausstellung hoffen wir, dass viele Kinder auf spielerische Weise die Bedeutung von Geld – in seinen gesamten Facetten – sehr früh kennen lernen. Die Steiermärkische Sparkasse versucht Kindern sowie Jugendlichen und auch Erwachsenen Hilfestellungen zum Thema Geldleben zu geben“, erklärt Gerhard Fabisch. Die Schau dauert noch bis Februar 2012.

AUSBLICK

Sparen ist nicht altmodisch

Christine Domforth

Im Fußball können wir davon nicht einmal träumen: Beim Sparen waren wir Österreicher lange Zeit Weltmeister und spielen noch immer in der Champions League. Doch für die kommenden Jahre sagen die Wirtschaftsforscher für Österreich ein Sinken der Sparquote voraus. Der Rückgang fällt bei uns sogar noch erheblich stärker aus als im übrigen Europa. Diese Trendwende ist nicht unproblematisch. Denn ohne langfristiges Sparen gibt es keine langfristigen Investitionen. Und die wird Österreichs Wirtschaft, die vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist, brauchen, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben und die Arbeitsplätze abzusichern.

Sparen schafft Wohlstand

Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Sparquote im Jahr 2008 auf den Rekordwert von fast zwölf Prozent des verfügbaren Einkommens und blieb auch 2009 noch sehr hoch. Wirtschaftspolitisch erwünscht war das Sparen, sprich der Konsumverzicht, in dieser Phase jedoch nicht. Der private Konsum sollte ja nicht auch noch einbrechen, sondern den konjunkturellen Absturz einigermaßen abfedern. Jetzt, wo die Zeit des Angstsparens vorbei ist, wäre mit Blickrichtung Zukunft mehr Spargesinnung aber durchaus wieder angesagt. Sparen ist keine altmodische Tugend, sondern grundvernünftig, weil es den Wohlstand jedes Einzelnen und der Volkswirtschaft sichert. Wenn die Prognosen stimmen, können die Sparer ja bald auch wieder mit etwas höheren Zinsen rechnen, von denen – so ist zu hoffen – die Inflation nicht allzu viel auffrisst.

Von griechischen Verhältnissen sind wir hierzulande glücklicherweise meilenweit entfernt, doch auch für unsere Staatsfinanzen wäre es positiv, würden die Österreicher mehr sparen. Derzeit sind wir für die Finanzierung unseres Budgetdefizits zum Teil auf die internationalen Kapitalmärkte angewiesen und zahlen dafür Jahr für Jahr Milliarden an Zinsen ans Ausland. Italien und Japan haben zwar hohe Budgetdefizite, können diese aber wegen ihrer hohen Sparquote überwiegend bei inländischen Anlegern finanzieren. In Griechenland und Irland ist die Sparquote hingegen niedrig, diese Länder sind deshalb fast komplett von den internationalen Kapitalmärkten abhängig. Und die kennen bekanntlich kein Erbarmen.

Umdenken ist gefragt

Sparen ist übrigens nicht nur dann volkswirtschaftlich wertvoll, wenn man dafür des Österreichers liebstes Buch, das derzeit leider nur mickrig verzinste Sparbuch, nutzt. Auch Wertpapieranleger sind Sparer und dürfen nicht pauschal als gierige Spekulanten verteufelt werden. Immerhin wird Österreichs Wirtschaft in den kommenden Jahren Milliarden an Risikokapital brauchen. Und das fällt nicht vom Himmel, sondern muss von Investoren aufgebracht werden, die man nicht über Gebühr belasten darf. Deshalb sollte man die total verunglückte Kursgewinnbesteuerung nicht, wie derzeit geplant, um ein paar Monate aufschieben und zu reparieren versuchen, sondern gleich komplett entsorgen. Dass die neue Wertpapier-KESt. Gift für den heimischen Kapitalmarkt ist, zeigt sich ja bereits an den wegbrechenden Börsenumsätzen.

Derzeit fordern Sozialdemokraten landauf, landab die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die „Gstopften" sollen zahlen, so die Devise. Will man Österreichs Sparer bei Laune halten, passt das natürlich wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge. Vielleicht kann Ex-Finanzminister Ferdinand Lacina, immerhin ein gestandener Sozialdemokrat, Laura Rudas & Genossen erklären, dass er die „Reichensteuer", die in Wahrheit natürlich auch den Mittelstand traf, Ende der 90er Jahre mit gutem Grund abgeschafft hat und dass sie mittlerweile in fast allen Ländern der OECD Geschichte ist …

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.
Dieser Kommentar ist die persönliche Meinung der Autorin. Diese Meinung muss sich nicht mit jener des Sparkassenverbandes decken.

„Auf dem Weg zur Nummer 1"

25 Jahre s Versicherung: Erfolgsgeschichte des jüngsten Versicherers

Thomas Steiner, s Versicherung

Die s Versicherung feiert 2011 ihren 25. Geburtstag und zählt damit zu den jüngsten Versicherungsunternehmen auf dem Markt. Die Milliardenmarke bei der Prämie ist in Reichweite, und schon bald will das Unternehmen wieder zum größten Lebensversicherer in Österreich aufsteigen.

Stolzes Trio: Die Vorstände der s Versicherung, Heinz Schuster, Erwin Hammerbacher und Manfred Rapf

„Die s Versicherung feiert heuer ihr 25-jähriges Bestehen, aber meine Karriere begann bereits beim Sparkassen Versicherungsservice, der Vorgängergesellschaft der s Versicherung", skizziert Heinz Schuster, seit 2009 Vertriebsvorstand der s Versicherung, den persönlichen Rückblick. Erwin Hammerbacher, seit 2005 im Vorstand der s Versicherung, startete im Dezember 1985 seine Berufslaufbahn in der s Versicherung. Das junge Team konnte nach der Gründung schnell Erfolge vorweisen. „Innerhalb von nur fünf Jahren avancierte der Versicherer der Sparkassengruppe zu einem der wichtigsten Player im heimischen Versicherungsmarkt. Schon 1992 hatten wir 1 Mrd. Schilling Prämie erreicht", erinnert sich Schuster.

„Einer der wichtigsten Wendepunkte in unserer Unternehmensgeschichte war das Jahr 1998. Damals wurde die Erste Bank zum exklusiven Vertriebspartner der s Versicherung – eine Partnerschaft, die uns letztlich, drei Jahre später, zur Nummer 1 auf dem Markt gemacht hat", so Schuster. Ab 2001 war die s Versicherung mit einem Gesamtprämienvolumen von damals knapp 750 Millionen Euro für fünf Jahre in Folge die Nummer 1 auf dem heimischen Lebensversicherungsmarkt.

Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der s Versicherung war das Jahr 2008: Die s Versicherung wurde mehrheitlich von der Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group übernommen. Gleichzeitig wurde eine langfristige und exklusive Kooperationsvereinbarung zwischen der Sparkassengruppe und der s Versicherung geschlossen. „Damit wurde das Geschäft der s Versicherung in eine völlig neue Dimension geführt", so Schuster, der die Synergieeffekte auf den Punkt bringt. „Wir können heute auf das Know-how und die Produktpalette der größten heimischen Versicherungsgruppe zurückgreifen." Davon profitiert der Kunde. Er bekommt heute in jeder Sparkassenfiliale nicht nur Topberatung bei Sparprodukten, sondern auch das gesamte Spektrum an Versicherungs- und Vorsorgeprodukten.

Geheimnis des Erfolgs

„Bei der s Versicherung fiel mir von Anfang an der besondere Pioniergeist im Unternehmen auf. Gelebtes Teamwork und die kurzen Wege machen die s Versicherung noch heute zu einem echten Innovationstreiber im heimischen Versicherungsmarkt", so Manfred Rapf, Vorstand der s Versicherung und verantwortlich für die Bereiche Produkt- und Assetmanagement, Rechnungswesen und Versicherungstechnik. Die Kunden schätzen besonders die individuell gestalteten und flexibel adaptierbaren Vorsorgeprodukte. Aber auch im großen Vertrauen in die Sparkassengruppe liegt eine der Ursachen für den Erfolg. 2010 erwirtschaftete die s Versicherung ein Prämienvolumen von 901,1 Millionen Euro und hatte 1.244.220 Verträge in ihrem Bestand. Vertriebs-Vorstand Schuster: „Damit rangiert die s Versicherung bei der laufenden Prämie an 3. Stelle, beim Einmalerlag nimmt unser Unternehmen den 2. Marktrang ein, und auch was die Gesamtprämien betrifft, ist die s Versicherung hinter der Wiener Städtischen die Nummer 2 auf dem heimischen Lebensmarkt."

Auch in Osteuropa leistet die s Versicherung maßgebliche Entwicklungsarbeit bei den Tochtergesellschaften von Erste Bank und Vienna Insurance Group. Erwin Hammerbacher, im Vorstand verantwortlich für die internationale Kooperation mit der Erste Group: „In allen Ländern bringt die s Versicherung als erfolgreiche Bankenversicherung ihr Produkt-, Vertriebs-, IT- und Prozess-Know-how ein. Aufgrund bester Kooperation mit allen Bankengesellschaften der Erste Group verzeichnen die Gesellschaften hohe zweistellige Zuwachsraten."

s Lebens-Versicherung: Flexibilität ist Trumpf

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Erholung in den kommenden Jahren will die s Versicherung weiter kräftig wachsen. Dabei werden besonders die Stärken der Lebensversicherung wie zum Beispiel garantierte lebenslange Rentenzahlung sowie die finanzielle Absicherung einer Vielzahl unvorhersehbarer Ereignisse bei den Kunden punkten.

Das Thema Altersvorsorge brennt den Österreichern immer mehr unter den Nägeln, und die private Vorsorge steht dabei hoch im Kurs. „Wie schon im vergangenen Jahr wird die s Versicherung ihr Hauptaugenmerk auf die prämiengeförderte Zukunftsvorsorge richten. Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen bieten einen deutlich besseren Mix aus Risiko und Ertrag", so Vertriebsvorstand Schuster. Aber auch im Bereich der klassischen Lebensversicherung zeigt das Unternehmen seine Innovationskraft. Die neue Produktlinie „s Lebens-Versicherung" kombiniert die Vorteile der klassischen und der fondsgebundenen Lebensversicherung und befriedigt damit den Wunsch der Kunden nach Sicherheit, Ertragschancen und Flexibilität gleichermaßen. Manfred Rapf: „Die s Lebens-Versicherung kann jederzeit und individuell an die jeweiligen Lebensumstände und auch an die Risikoneigung des Versicherten angepasst werden. Ein Versicherungsprodukt mit einer solchen Flexibilität hat es noch nie gegeben."

Mit der neuen, innovativen Produktlinie, dem großen Engagement der Mitarbeiter und den starken Partnern Erste Bank und Sparkassengruppe sowie der Vienna Insurance Group als Mutter will die s Versicherung ihre hochgesteckten Ziele für die Zukunft erreichen. „Wir wollen in den nächsten Jahren wieder die Nummer 1 auf dem österreichischen Lebensversicherungsmarkt werden", unterstreicht Schuster.

Das Gebäude der s Versicherung in der Wiener Innenstadt

Regelwerk Basel III könnte der Realwirtschaft schaden

Erste Group-Chef Andreas Treichl kritisiert die Wirtschaftspolitik

Anlässlich der aktuellen Diskussion zu Basel III äußerte sich der Generaldirektor der Erste Group, Andreas Treichl, in einer Pressekonferenz zu den Problemen der Eigenkapitalunterlegung: „Das ist kein Thema, das auf die Banken beschränkt ist, denn diese Regulierung wird der Wirtschaft schaden und Länder mit einer großen KMU-Dichte in einen Wettbewerbsnachteil bringen. Und bevor das geschieht, müssen Politik und Wirtschaft in Österreich, in Brüssel und auch in der Region Zentral- und Osteuropa etwas dagegen tun. Es ist spät, aber nicht zu spät.“ Müssen Banken einen 5-Millionen-Investitionskredit an ein österreichisches KMU mit durchschnittlicher Bonität heute mit rund 100.000 Euro Eigenkapital unterlegen, werden es mit dem neuen Regelwerk Basel III mehr als dreimal so viel sein. Denn die Kernkapitalunterlegungspflicht wird mit Basel III für Kundenkredite von zwei auf sieben Prozent steigen, Staatsanleihen werden hingegen weiterhin kein zusätzliches Eigenkapital binden. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie das neue Regelwerk Basel III die Vergabe von Krediten an die Realwirtschaft im Vergleich zu anderen Investmentgeschäften behindern wird.

Die Stellungnahme von Andreas Treichl zum Einfluss der Politik auf Basel III stand im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Ab 2013 soll "Basel III" in Schritten als Regelwerk eingeführt werden. Im Dezember 2010 wurde eine Endfassung der Basel III Richtlinien veröffentlicht, die jetzt in der EU umgesetzt werden sollen. Die Erste Group möchte sich bei dieser Umsetzung noch stärker für österreichische und zentraleuropäische Gegebenheiten engagieren und fordert die Politik auf, sich verstärkt gemeinsam dafür einzusetzen. „Die Stärkung der Eigenkapitalquoten ist gut, die Verschärfung der Liquiditätsbestimmung ist gut, die Benachteiligung von Krediten an Unternehmen ist nicht gut“, sagte Treichl.

„Wir hatten in der Krise keine Kreditklemme, die derzeitige Ausformung des Regelwerks wird aber zu einer Kreditklemme führen“, warnte Treichl. Dieser Effekt würde sich letztendlich negativ auf die volkswirtschaftliche Entwicklung und unseren Wohlstand auswirken. Gerade in Zentraleuropa gebe es eine hohe KMU-Dichte und eine enge Beziehung zwischen Bank und Unternehmen, der Zugang zum Kapitalmarkt sei in Österreich und Zentraleuropa eher schwach ausgeprägt. Von der ursprünglichen Überlegung der G7 am Höhepunkt der Finanzkrise im Jahr 2008, die Banken wieder an ihr ursprüngliches Modell zurückzuführen, sei wenig übergeblieben, denn „reales Bankgeschäft“ wird unverhältnismäßig hoch belastet, argumentiert der Erste Group Chef. Zudem werden kleine Institute, so auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken, mit der neuen Regelung benachteiligt. Damit können diese Kapital-Nahversorger weniger regionale Kundenkredite vergeben. (mm)

Plug & Bank

Erste Bank startet mit Beratung über das Internet

86 Prozent aller Österreicher haben Zugang zum Internet, und bereits 73 Prozent, das sind 5,2 Mio. Österreicher, nutzen das Internet von zu Hause aus. Kaum ein anderer Kommunikationskanal hat sich derart schnell entwickelt. 2007 waren es 60 Prozent, 2000 waren es erst 29 Prozent gewesen. Gleichzeitig ist die Nutzung des Internet zu einer Selbstverständlichkeit geworden. „Heute skypen schon manche Omas mit ihren Enkerln“, erklärt Michael Otto, CRM-Manager und Projektleiter für das Thema Web-Beratung in der Erste Bank Oesterreich. Immerhin ist der Kauf des Internet-Telefon-Betreibers Skype durch Microsoft um über 8,5 Mrd. USD der beste Beweis für das breite Potential von Internet-Telefonie. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Skype-Nutzer von 474 Mio. auf 663 Mio. weltweit.

Das sind Daten und Entwicklungen, die die Erste Bank dazu bewogen haben, Beratung zukünftig auch über das Internet anzubieten. Freilich, wie in der Tradition der Bank üblich, zunächst in einem Pilotprojekt: in Wien und zum Thema Fremdwährungsfinanzierungen mit sechs innovativen Betreuern der Fremdwährungs-Task-Force. Zwischen April und Juni wurden 4.000 Kunden zu Webinaren eingeladen. 300 Kunden haben sich dazu angemeldet. Und am 2. Mai fand die erste Einzelberatung im Web statt. „Die Kunden nehmen das sehr positiv auf“, berichtet Otto, „denn einige arbeiten im Ausland oder haben einfach keine Zeit, innerhalb der Filialöffnungszeiten in die Filiale zu kommen.“

Peter Bosek beim Test der Web-Beratung in seinem Büro: Es funktioniert

Zugang zum Kunden verbessern

„Wir müssen das Thema web 2.0 und vor allem auch Smartphones als neuen Kanal und somit auch als Geschäftschance begreifen“, sagt auch Peter Bosek, Vorstandsmitglied der Erste Bank Oesterreich, und ergänzt: „Im Mittelpunkt unserer Geschäftsstrategie bleiben natürlich der Mensch und die Qualität der Beratung.“ (pnt)

Was technisch für eine Web-Beratung notwendig ist:

PC oder Laptop, Internetbrowser, Lautsprecher oder Headset, Mikro bzw. Telefon.
Nur optional: Videokamera (bei den meisten neuen Geräten aber bereits integriert)
Kosten für den Kunden: Keine
Wann: Mo. bis Fr. nach Kundenwunsch, auch abends/Keine Software-Installation notwendig!

EINBLICK

Ironie der Statistik

Verblüffender Vergleichswert

Milan Frühbauer

Da kann man schon einmal richtig stolz auf Österreich sein: Vor wenigen Wochen meldete die Oesterreichische Nationalbank einen beachtlichen Erfolg unserer gesamten Volkswirtschaft, der – wäre Economic Literacy hierzulande nicht ein so seltenes Phänomen – der amtierenden Regierung beachtliche Gutpunkte eintragen könnte. Die heimische Leistungsbilanz erzielte im Vorjahr einen Überschuss von 7,8 Mrd. Euro. Damit zählt dieses Land zu den im internationalen Wettbewerb leistungsfähigen Industriestaaten. Denn die Leistungsbilanz ist nun einmal der wichtigste Gradmesser für die Konkurrenzfähigkeit von Industrie, Dienstleistungswirtschaft und Kapitalmarkt. Sie ist aber auch ein internationaler Bonitätsausweis, den die Investoren auf den Kapitalmärkten ernst nehmen und mit einem Triple A auch entsprechend honorieren.

Beachtliche Erfolge

Gleichzeitig eilen wir von Monat zu Monat zu neuen Höchstzahlen bei den unselbständig Erwerbstätigen. Deren gibt es schon mehr als 3,5 Millionen, dazu kommen noch rund 600.000 Selbständige in den verschiedenen Erscheinungsformen: vom Unternehmer über den Freiberufler bis zum Haupterwerbsbauern.

Die Exporte sind allein im Jänner und Februar dieses Jahres um knapp 25 Prozent gestiegen, und die Steuereinnahmen sprudeln munter über den Budgetvoranschlag hinaus. Also, was sollen dann die ständigen Mahnungen, die Politik der öffentlichen Hand müsse sich dennoch radikal ändern?, mag sich der oberflächliche Beobachter fragen.

Die geschilderten Erfolge sind zweifellos erfreulich, aber es gibt krasse Fehlentwicklungen, die man nicht mehr negieren kann. Fast auf die Million genau so hoch wie der Überschuss der Leistungsbilanz war im Vorjahr nämlich der Bundeszuschuss zu den Pensionen. Mit ebenfalls 7,8 Mrd. Euro oder immerhin 2,7 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entspricht allein diese Budgetposition etwa der Hälfte des gesamten Mehrwertsteueraufkommens. Die zweite Hälfte brauchen wir mittlerweile zur Bedienung des Zinsendienstes für die Bundesschulden …

Eine Koinzidenz aus der Statistik, die sehr nachdenklich stimmt.

Die Schere geht weiter auf

Allein diese Relationen beweisen: Ohne weitere Reformen im Pensionssystem ist die nachhaltige Sanierung des Staatshaushalts nicht möglich. Mit Recht hat der Präsident des Rechnungshofs vor kurzem auf diese Zusammenhänge hingewiesen. In einer Stellungnahme der obersten Wächter über die Ausgaben und die Effizienz der Gebietskörperschaften heißt es wörtlich: „Auch wenn mit dem Ende der Wirtschaftskrise ein Anstieg der Zahl der Beiträge leistenden Versicherten von 3,497 Millionen auf 3,541 Millionen einherging (+1,2 Prozent), führte der vergleichsweise stärkere Anstieg der Zahl der Pensionsbezieher von 2,189 Millionen auf 2,220 Millionen (+1,4 Prozent) zu einer Erhöhung der Pensionsbelastungsquote (Pensionsbezieher pro 1.000 Pensionsversicherte) auf 623.“

Das zunehmende Ungleichgewicht zwischen den im Berufsleben befindlichen Versicherten und den Pensionsbeziehern zeigt sich auch in der Entwicklung der Gebarung der Pensionsversicherungsanstalten. Die Beiträge der Versicherten stiegen 2010 gegenüber 2009 um 2,2 Prozent an, während die Ausgaben für Versicherungsleistungen der Pensionsversicherungen um 4,2 Prozent wuchsen.

Man kann es auch polemisch formulieren: Just jener Leistungsbilanzüberschuss, den eine wettbewerbsfähige und voll im globalisierten Wettbewerb stehende Volkswirtschaft erarbeitete, wird gebraucht, um die Pensionslücke bei den Sozialversicherungsträgern zu schließen.

Nicht alles, was man vergleicht, hinkt auch schon!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

„Zusammenhang von Sparquote und Investitionen verdeutlichen“

Kommt die Tugend des Sparens langsam aus der Mode?

Milan Frühbauer

Die Sparquote in Österreich sinkt trotz steigenden Wohlstands. Jetzt gilt es den Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren wieder ins wirtschaftspolitische Bewusstsein zurückzuholen. Eine aktuelle Geldstudie von Macro-Consult liefert wertvolles Basismaterial.

Das Geldvermögen der österreichischen Haushalte ist groß, und es wird weiter steigen. So weit die gute Nachricht. Doch nach Jahren geradezu weltmeisterlicher Spitzenpositionen im internationalen Vergleich sind die Sparquoten ins „Mittelfeld“ abgerutscht.

Im Detail hat sich eine von Josef Christl, Chef der Macro-Consult, im Auftrag der Erste Bank erstellte Studie mit den Rahmenbedingungen befasst. Nach mittelfristigen Annahmen über die volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs bis 2015 kommt diese Geldstudie zu interessanten Ergebnissen:

Österreichs Wohlstand wird sich trotz der vergangenen Wirtschaftskrise in den nächsten fünf Jahren vermehren. Denn das durchschnittliche Geldvermögen je Österreicher wird von derzeit 54.900 auf 62.800 Euro wachsen. Das ist ein Plus von 14,4 Prozent oder 7.900 Euro. Getragen wird das Wachstum vor allem von den steigenden Einkommen der Österreicher. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Geldstudie allerdings einen Rückgang bei der Sparbereitschaft. Die Sparquote wird von derzeit 9,1 noch weiter auf 8,1 Prozent sinken. „Wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird“, betonte Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank, bei der Präsentation der Studie. Er plädiert für mehr Spargesinnung: „Auch wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der private Konsum durchaus konjunkturstabilisierende Wirkung hat, dürfen wir den Zusammenhang zwischen der Sparquote und der Investitionstätigkeit nicht aus dem Auge verlieren. Ohne entsprechende Sparvolumina wird die Investitionsfinanzierung schwierig und teurer.“ Trotz durchschnittlich höherer Einkommen und wachsenden Vermögens sinkt die Sparbereitschaft der Österreicher auf ein Jahrzehnt-Tief. Die aktuelle Geldstudie zeigt auf, dass die Sparquote, also der Teil, der vom verfügbaren Einkommen auf die Seite gelegt wird, bis 2015 Richtung 8-Prozent-Marke sinken wird. Das letzte Mal war das im Jahr 2000 und davor Anfang der 80er Jahre der Fall. Das Niveau im Euroraum liegt derzeit bei rund 8,8 Prozent, jenes in Österreich bei 9,1 Prozent. „Die rückläufige Sparquote hat damit aber auch einen negativen Effekt auf die Investitionsfreude im Land“, unterstreicht Uher. Auch für Studienautor Josef Christl besteht ein klarer Zusammenhang: Der längerfristige Rückgang der Sparquote kann zur Verringerung der Investitionsquote führen. Derzeit legt jeder Österreicher jährlich 1.819 Euro oder 9,1 Prozent von seinem Einkommen auf die hohe Kante. 2005 waren es 1.742 Euro bzw. 9,7 Prozent.

Christl geht davon aus, dass die österreichische Wirtschaft in den kommenden fünf Jahren (2011-2015) real 1,8 Prozent p. a. wachsen wird, das verfügbare Einkommen um 2,7 Prozent pro Jahr. Die Inflation soll bei durchschnittlich 1,8 Prozent liegen. „Keine berauschende, aber eine durchwegs gute Basis, um für schlechtere Zeiten zu sparen, mit denen möglicherweise ab 2015 zu rechnen ist“, meint der Macro-Consult Chef. Zum Vergleich: Zwischen 2006 und 2010 ist Österreichs Wirtschaft durchschnittlich um nur 1,2 Prozent gewachsen, die Einkommen sind um 2,5 Prozent gestiegen.

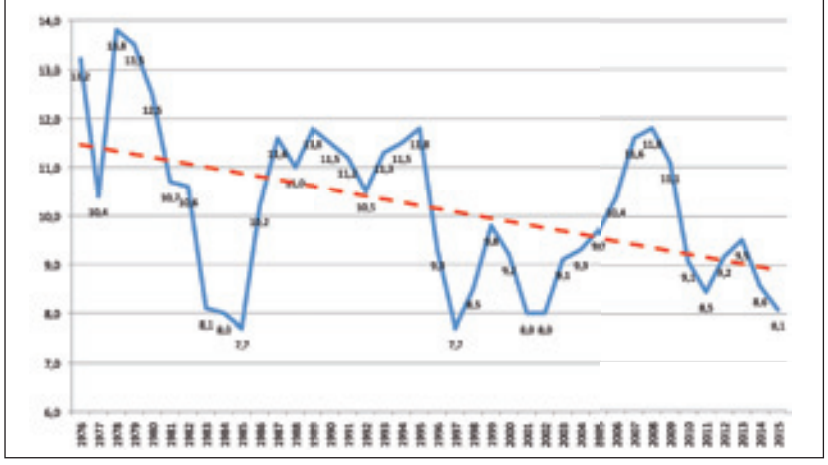
Dämpfer für die Investitionsfreude

„Länder mit hohen Sparquoten haben gerade in Krisenzeiten den großen Vorteil, dass sie Budgetdefizite überwiegend über inländische Ersparnisse finanzieren können (beispielsweise Italien, Japan), während solche mit niedrigen Sparquoten (etwa Griechenland oder Irland) auf die Auslandsfinanzierung angewiesen sind“, stellt Christl auch einen aktuellen Bezug zur europäischen Schulden- und Konsolidierungsdebatte her.

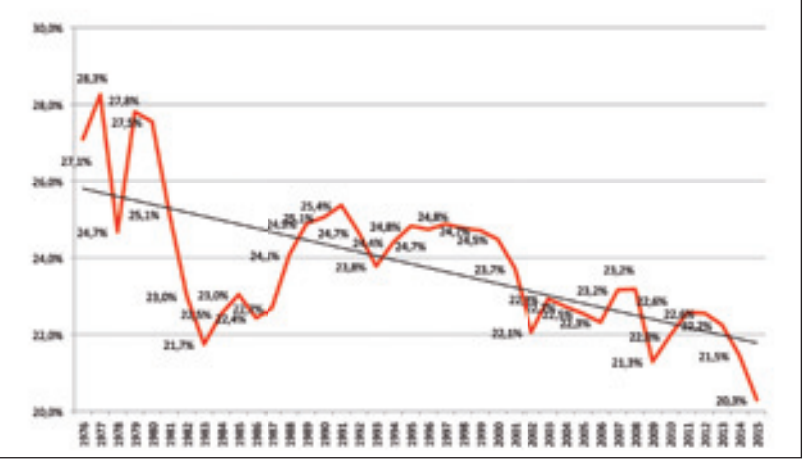
Ebenfalls rückläufig ist die Prognose für die Investitionsquote, das ist der Anteil der nominellen Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Brutto-Inlandsprodukt. Hatte diese in der zweiten Hälfte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts noch deutlich über 25 Prozent betragen, so lag sie in den vergangenen zehn Jahren (also in der Periode 2000-2010) zwischen 21 Prozent und 23 Prozent und dürfte bis 2015 auf 20 Prozent fallen.

„Österreich hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise gut gemeistert. Die öffentliche Hand hat zu Recht in der Krise gegengesteuert. Jetzt aber gilt es die Spargesinnung zu stärken. Denn privates und öffentliches Sparen sind für die langfristige Wachstumsperspektive sehr wichtig. Auch häufige Änderungen steuerlicher oder anderer Rahmenbedingungen sind kontraproduktiv für langfristiges Sparen“, mahnt Uher traditionelle Tugenden wie Spargesinnung und Berechenbarkeit ein.

Sparquote: Tendenz fallend



Verflachende Investitionsbereitschaft



Josef Christl, Chef der Macro-Consult, sieht bis 2015 eine rückläufige Sparquote in Österreich.

SEKTOR NEWS

Erste Bank übernahm Intermarket Bank

Die Erste Bank Oesterreich übernahm die Mehrheit an der Intermarket Bank AG von der polnischen BRE Bank, einer Tochter der Commerzbank. Die Intermarket ist mit einem Forderungsvolumen von 3,6 Mrd. Euro Österreichs größte Factorbank und mit weiteren 2,2 Mrd. Euro auch in den östlichen EU-Ländern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn auf den vorderen Rängen vertreten. Beim „Factoring“ werden kurzfristige Kundenforderungen von Unternehmen zwischenfinanziert. Häufig übernimmt eine Factorbank auch das Ausfallsrisiko für den Lieferanten.

Unternehmerinnen-Netzwerk zu Gast

Das Unternehmerinnen-Netzwerk ist ein in Waidhofen/Ybbs ansässiger bundesländerübergreifender Verein, der das Unternehmertum von Frauen fördert. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „unternehmen insight“ besuchten Mitglieder des Netzwerks die Sparkasse Niederösterreich Mitte West, um einen Einblick in das Bankgeschäft zu bekommen.

Doris Ahmad, Obfrau des Unternehmerinnen-Netzwerks, Generaldirektor Wolfgang Just und Viktoria Kickinger, Gründerin und geschäftsführende Gesellschafterin von INARA – Initiative AufsichtsRäte Austria

Renaissance gemanagter Finanzprodukte

Notenbank analysierte das Sparverhalten 2010

Fast jeder zweite Euro, den Haushalte 2010 in Geldanlagen steckten, wurde in Investmentzertifikaten, Lebensversicherungen oder Pensionskassenansprüchen und damit in gemanagten Finanzprodukten veranlagt. Gemäß den Daten der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung veranlagten private Haushalte 2010 12,0 Mrd. Euro in Finanzanlagen. Dies bedeutet einen Rückgang von 2,4 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr und spiegelt eine gemäß den Daten der Statistik Austria von 11,1 Prozent (2009) auf 9,1 Prozent (2010) gesunkene Sparquote wider.

5,9 Mrd. Euro – und damit fast die Hälfte des Vermögensaufbaus im Jahr 2010 – entfielen auf gemanagte Finanzprodukte wie Investmentzertifikate, Lebensversicherungs- und Pensionskassenansprüche.

Die zweite wichtige Kategorie innerhalb der gemanagten Finanzprodukte waren, wie schon in den Vorjahren, die Lebensversicherungsansprüche. 2010 betrug der Zuwachs bei Lebensversicherungsansprüchen 2,9 Mrd. Euro bzw. 24 Prozent der gesamten Geldvermögensbildung. Österreichs traditionell beliebteste Vermögensaufbauform – die Spareinlagen – wurde im Jahr 2010 allerdings eher gemieden. Erstmals seit fünf Jahren gingen die Spareinlagen zurück, und zwar um 2,2 Mrd. Euro auf knapp unter 150 Mrd. Euro. Teilweise wurden die Gelder im Jahr 2010 auch zu anderen Einlageprodukten umgeschichtet.

Das gesamte Geldvermögen der privaten Haushalte erreichte zum Jahresende 2010 einen Wert von 460,8 Mrd. Euro, um rund 21 Mrd. Euro mehr als noch zum Jahresultimo des Vorjahres. Weiterhin relativ zurückhaltend waren private Haushalte bei der Schuldenaufnahme. Wie 2009 betrug die Neuverschuldung im Jahr 2010 1,3 Mrd. Euro.

EU will Hypothekarkredite regulieren

Neue Richtlinie für Wohnimmobilienkreditverträge wird Kosten treiben

Roland Tassler

Die Kommission hat Jahre gezögert, die regional konzentrierten Märkte für Hypothekarkredite europarechtlich zu regeln. Die Zahlen sprechen auch gegen ein Engagement auf EU-Ebene. Weniger als ein Prozent der Hypothekarkredite haben grenzüberschreitenden Bezug. Dieses eine Prozent wiederum wird mehrheitlich im grenznahen Raum, etwa zwischen Österreich und Deutschland, vergeben. In Gebieten also, die einander sprachlich, kulturell und rechtlich ähnlich sind. Die Kommission selbst schätzt das Potential für grenzüberschreitende Kreditaufnahme auf maximal fünf Prozent. Das ist ein Beweis dafür, dass die Verbraucher die für viele bedeutendste Investition ihres Lebens auch in Zukunft in vertrauter Umgebung wollen. Nur geografische Nähe ermöglicht beim Auftreten finanzieller Schwierigkeiten rasche und persönliche Betreuung. Die Entscheidung für einen bestimmten Anbieter wird auch künftig nicht das Ergebnis einer unionsweiten Schnäppchenjagd sein.

Die Kommission hat mittlerweile anerkannt, dass das Geschäft mit dem Endverbraucher hauptsächlich regional verankert bleiben wird. Dennoch sieht sie nun angesichts einiger während der Finanzkrise zutage getretener Fälle unverantwortlicher Kreditvergaben Handlungsbedarf. Im Vereinigten Königreich wurden zum Beispiel viele Kredite ohne Verifizierung des Einkommensnachweises vergeben. Mit ihrem kürzlich veröffentlichten Richtlinienvorschlag über Wohnimmobilienkreditverträge verfolgt die Kommission zwei generelle Ziele: Förderung des Verbrauchervertrauens durch Anhebung des Schutzniveaus und Stärkung der Finanzmarktstabilität durch ein verantwortungsvolleres Agieren auf den Hypothekarkreditmärkten.

Konkret will der Richtlinienvorschlag die Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung verschärfen. Die Kommission will die Kreditgeber verpflichten, die Gewährung eines Kredits zu verweigern, wenn die Ergebnisse der Kreditwürdigkeitsprüfung negativ sind. Erfolgt die Ablehnung des Kreditantrags aufgrund eines automatisierten Bewertungsprozesses, muss dem Verbraucher das zugrunde liegende Verfahren erklärt werden. Zur Verteuerung des Kreditvergabeprozesses wird auch jene geplante Vorschrift führen, dass dem Verbraucher nach einer „maschinellen" Ablehnung das Recht zugestanden wird, noch eine „manuelle" Überprüfung des Antrags zu verlangen. Besonders problematisch zu sehen ist auch das Vorhaben der Kommission, künftig die im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung zu berücksichtigenden Kriterien genau zu spezifizieren.

Die Kreditvergabe verteuern werden auch zusätzliche Informationsverpflichtungen. Zwar orientiert sich der vorliegende Kommissionsvorschlag an der Verbraucherkredit-Richtlinie, die im Rahmen der österreichischen Umsetzung auch auf Wohnimmobilienkreditverträge Anwendung findet, es gibt jedoch Abweichungen. Die Anpassungen würden zu hohem finanziellem Aufwand führen. Weiters sieht die Kommission die Einführung eines Rechts auf vorzeitige Rückzahlung und einer Art Produkteignungstest vor. Die Kreditgeber werden verpflichtet, dafür zu sorgen, dass dem Verbraucher keine ungeeigneten Produkte angeboten werden. Dementsprechend will die Kommission in einem nächsten Schritt Kriterien zur Festlegung der Anforderungen an Kenntnisse und Kompetenzen der Mitarbeiter spezifizieren.

Als ob die Vorstellungen der Kommission nicht schon weitreichend genug wären, plant der zuständige Berichterstatter des Europäischen Parlaments eine weitere Ausdehnung des Geltungsbereichs. Das Parlament, das nun gemeinsam mit dem Europäischen Rat den Kommissionsvorschlag in erster Lesung behandelt, denkt daran, auch gewerbliche Immobilienkredite und die Refinanzierung der Hypotheken europarechtlich zu behandeln.

Hier zeichnet sich ein Konflikt mit dem Rat bereits ab. Mehrere Mitgliedsstaaten teilen die Meinung der Kreditindustrie, dass es sich bei den aufgetretenen Problemfällen um national abgrenzbare Ereignisse handelte. Diese Fälle sollten am besten, was auch bereits passiert, unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips national gelöst werden. So sehen etwa Österreich und Deutschland den Bedarf für eine eigene Hypothekarrichtlinie nicht. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten sieht aber sehr wohl die Notwendigkeit, das Regelungsumfeld für Kreditvermittler zu schärfen.

Dem Verbrauchervertrauen und der Finanzmarktstabilität ist mit dem Ausmerzen von nationalen Regelungsschwächen mehr geholfen als mit europäischer Überregulierung. Empfehlenswert erscheint daher, dass sich die europäischen Gesetzgeber an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs orientieren, wonach nur dann reguliert werden soll, wenn eine ernsthafte Störung des Binnenmarkts gegeben ist. Was die Hypothekarmärkte anbelangt, kann davon keine Rede sein. Aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen von Rat und Parlament werden interessante Verhandlungen bevorstehen. Das Parlament möchte bereits im Herbst dieses Jahres über den Text abstimmen. Dies gilt dem Rat aber als viel zu ambitioniert. Sollten die Gespräche nicht stocken und sollte es zu einer Einigung zwischen Rat und Parlament kommen, wäre eine Verabschiedung des Textes frühestens im nächsten Jahr denkbar.

Barnier will soziales Unternehmertum

2012: Europäisches Jahr der Sparkassen?

Der französische Binnenmarktkommissar Barnier leitete vor kurzem eine Neuorientierung seiner Behörde ein. Weg vom angelsächsischen Wirtschaftsliberalismus, hin zur kontinentaleuropäisch geprägten sozialen Marktwirtschaft. Kurz nach seinem Amtsantritt ließ er dieses neue Credo in Interviews erkennen. Jetzt folgten konkrete Taten. Barnier präsentierte seine zwölf wichtigsten Schwerpunkte für die 20-Jahr-Feier des Europäischen Binnenmarkts im kommenden Jahr.

2012 soll dem Binnenmarkt ein Neustart verpasst werden. Mit sozialem Charakter ausgestattete Initiativen sollen den gedanklichen Zugang der Bürger und Unternehmen zu Europa wieder verbessern. Das Vertrauen der Verbraucher in den gemeinsamen Markt sollen dadurch gestärkt werden. Zur Stimulierung des sozialen Unternehmertums soll ein EU-Rechtsrahmen für Solidarinvestmentfonds geschaffen, eine Mitteilung zur sozialen Verantwortung (CSR) vorgelegt und die Rechtsform der europäischen Stiftung eingeführt werden. Barnier will Unternehmen fördern, die sich dafür entschieden haben, neben legitimem Gewinnstreben auch Ziele des Allgemeininteresses zu verfolgen. Kommt also mit 2012 das europäische Jahr der Sparkassen?

© Europäisches Parlament

Binnenmarktkommissar Michel Barnier plädiert für die Neuorientierung seiner Behörde.

SPARKASSEN NEWS

Kooperation mit Rapid

Die Erste Bank bietet ab sofort zwei spezielle Bankkarten mit vielen Zusatzleistungen im Rapid-Layout an, um damit einerseits für die rund eine Million Rapid-Fans ein grün-weißes Bankprodukt zu schaffen und andererseits den Startschuss für eine drei Spielsaisonen umfassende strategische Partnerschaft mit diesem traditionsreichen Fußballclub zu setzen. Für Erste-Vorstandsdirektor Peter Bosek ist das auch ein Teil der Jugendarbeit: „Wir wollen uns zukünftig stärker auf die österreichische Jugend konzentrieren, weil das ein großer Wachstumsmarkt für uns ist."

Peter Bosek (2.v.l.) mit den Rapid-Führungskräften Kapitän Steffen Hofmann, Präsident Rudolf Edlinger und Trainer Zoran Barisic

Sparkassen-Tribüne im Stadion Birkenwiese

Die Dornbirner Sparkasse sponsert den FC Mohrenbräu Dornbirn (FCD). Damit unterstützt sie auch das Stadion Birkenwiese, die zentrale Sportstätte Dornbirns, die sowohl die Heimat des Dornbirner Traditionsclubs als auch Austragungsort von Leichtathletik- und sonstigen Sportveranstaltungen ist. Sparkassen-Transparente zieren die beiden Stirnseiten der Haupttribüne, die nun offiziell „Sparkassen-Tribüne" genannt wird.

VDir. Harald Giesinger, Wolfgang Karlinger (Förderverein FCD), VDir. Werner Böhler und Erwin Reis (Arbeitsgruppe FCD)

Gesundheitsförderung für Mitarbeiter

Beim Vorarlberger Gesundheitspreis errang die Sparkasse Bludenz den dritten Platz. Seit 2008 bemüht sich eine vom Vorstand einberufene Projektgruppe um die Gesundheit der Mitarbeiter. Den zunehmenden Belastungen, die durch permanent anstehende Veränderungen und durch stetig steigende Arbeitsanforderungen entstehen, wird durch gesundheitsfördernde Maßnahmen gezielt entgegengewirkt.
Das Gesundheitsprogramm der Sparkasse Bludenz beinhaltet unter anderem ein umfassendes Bewegungsangebot, Kochworkshops, Vorträge zu den Themen Ernährung, Burn-out und Work-Life-Balance sowie medizinische Arbeitsplatzbegehungen.

Vorstandsvorsitzender Christian Ertl (mit Preisträger-Urkunde), Mitglieder der Projektgruppe Gesundheitsmanagement, Vertreter des Aufsichtsrates und des Stiftungsvorstandes sowie VGKK-Obmann Manfred Brunner

Erste Group setzt auf mehr Klimaschutz

Mit dem Ziel, die betrieblichen CO_2-Emissionen innerhalb der nächsten drei Jahre um 15 Prozent zu reduzieren, ist die Erste Group der Unternehmensplattform WWF CLIMATE GROUP beigetreten.
Gemeinsam mit dem WWF erstellt die Erste Group nun jährlich Maßnahmenpläne für die Bereiche laufender Betrieb, Gebäudemanagement, Produktportfolio sowie Kommunikation. Darin enthalten sind zahlreiche Aktivitäten wie die schrittweise Umstellung des firmeneigenen Fuhrparks auf Fahrzeuge mit geringem CO_2-Ausstoß oder die Steigerung des Anteils von Strom aus erneuerbaren Energiequellen.

Finanzwissen für Fortgeschrittene

Endlich verständliche Begriffe

Das über weite Strecken eher blamabel spärliche Wissen der Österreicher über geldwirtschaftliche und finanzpolitische Zusammenhänge führt gegenwärtig zu einer Gegenoffensive: Zahlreiche Institutionen wie Notenbank und Sparkassen starten mit umfassender Arbeit zur Verbesserung der Financial Literacy. Doch man muss auch an jene denken, die zwar schon ein Basiswissen haben, sich aber dennoch mit der aktuellen, recht komplizierten Diskussion zu Geld, Kapitalmarkt und Steuern überfordert fühlen. Achterbahn bietet deshalb Definitionen und Erklärungen für Fortgeschrittene.

© iStockphoto

Budgetdefizit:
Das ist jener Betrag, um den man am Ende einer Rechnungsperiode weniger hat, als man zu Beginn gehabt hat. Gleichzeitig ist dieser Betrag im Regelfall auch größer als der, von dem man anfangs geglaubt hat, dass man ihn am Ende weniger haben wird. (Siehe auch „Nettoneuverschuldung“)

Finanzausgleich:
Damit umschreibt man die Summe jener Kräfte, die von 9 Bundesländern und rund 2.360 Gemeinden ausgehen, um den jeweiligen Finanzminister über den Tisch zu ziehen. Er ist der Garant dafür, dass Landeshauptleute und Bürgermeister Steuereinnahmen bekommen, für die sie keinerlei politische Verantwortung tragen.

Maastricht-Kriterien:
Sie sind eine Mischung aus den biblischen Zehn Geboten und der geltenden Straßenverkehrsordnung. Die Zehn Gebote sind dem Grunde nach unumstritten, kaum jemand schafft es jedoch, sie lückenlos einzuhalten. Die Straßenverkehrsordnung ist dem Grunde nach weitgehend unbekannt, doch viele schaffen es intuitiv, sich an einige Bestimmungen daraus zu halten. Für die Übertretung der Zehn Gebote ist grundsätzlich das Jüngste Gericht zuständig, bei der Straßenverkehrsordnung überwiegend die Polizei. Nachhaltig abschreckende Wirkung geht von beiden nur bedingt aus. Für die Maastricht-Kriterien zur Währungsunion ist es beim Jüngsten Gericht zu spät, und vorher fehlt die wirksame Polizeikontrolle.

Hausaufgaben endlich machen!
Darunter verstehen die Regierungschefs und Finanzminister der Garantieländer des Euro-Schutzschirms den Appell an Griechenland, Portugal und Irland, den Gürtel endlich enger zu schnallen. Von dieser Forderung sind aber die eigenen Staaten fast ausnahmslos ausgenommen.

Steuer- und Abgabenquote
Die moderne fiskalpolitische Weiterentwicklung des mittelalterlichen Zehents, also der Verpflichtung, ein Zehntel des Feldertrags an den Klerus oder sonstigen Lehensherren abzuliefern. In unermüdlichen Innovationsschritten ist es beispielsweise in Österreich gelungen, diesen Antel knapp an die 50-Prozent-Marke des Volkseinkommens hinaufzuschrauben. Dabei handelt es sich um einen der beeindruckendsten Wachstumsprozesse innerhalb des modernen Gemeinwesens.

Zinspolitik
Das ist die hohe Kunst der Notenbanken bzw. der Europäischen Zentralbank sowie der FED in den USA, die Wirtschaft glauben zu machen, der jeweils eingeschlagene zinspolitische Weg diene ausschließlich dem Wohle der ökonomischen Subjekte. Wird Niedrigzinspolitik betrieben, dann dient dies der Belebung der Investitionstätigkeit und dem Wirtschaftswachstum. Werden die Zinsen kräftig angehoben, dann dient dies der Inflationsbekämpfung, der Erhaltung des realen Wertes von Geldvermögen und somit ebenfalls dem stabilitätsorientierten Wirtschaftswachstum.

Kapitalmarkt
Ein längst überholt geglaubtes Phänomen der liberalen Wirtschaftsordnung. Auf ihm tummeln sich vor allem Nostalgiker, die nicht einzusehen vermögen oder vorsätzlich negieren, dass man Unternehmensinvestitionen am besten durch staatlich geförderte Kredite, Subventionen und notfalls aus dem Cashflow finanziert.
Gegenwärtig geschieht in Österreich jedoch erfreulicherweise recht viel, um die Kapitalmärkte auf ein für die Gemeinwirtschaft erträgliches Ausmaß zu redimensionieren. (Siehe auch „Kursgewinnbesteuerung“)

Realverzinsung
Realverzinsung liegt dann vor, wenn der Zinsertrag einer Anlage die jeweils geltende Inflationsrate übersteigt. Dieses im Interesse geldgieriger Investoren immer wieder auftretende Paradoxon wird gegenwärtig in Österreich durch die Tarif- und Abgabenpolitik der öffentlichen Hand sehr erfolgreich bekämpft. So hat etwa die jüngste Erhöhung der Mineralölsteuer – bei gleichzeitigem massivem Anstieg der Rohölpreise – die Inflation so angeheizt, dass die Zinspolitik nicht mitkommt und die realen Werte der Spareinlagen sinken. Damit kann die einst überdurchschnittlich hohe Sparquote in Österreich erfolgreich bekämpft werden. (Siehe auch „Mehrwertsteuer auf die NOVA bzw. auf die Mineralölsteuer“)

Aktiensparer
Besonders verhaltensauffällige Spezies von Menschen, die noch immer an die Mechanismen der Kapitalmärkte glauben. Ihrem renitenten Verhalten liegt die überkommene Ideologie zugrunde, dass es sinnvoll sei, Sparkapital in risikotragendes Eigenkapital von wettbewerbsfähigen Unternehmen zu transformieren. Aktiensparer sind darüber hinaus verteilungspolitisch schädlich, weil sie dem Irrglauben unterliegen, man müsste für Altersvorsorge bzw. Alterspflege auch privat Rücklagen bilden. Dies ist ein Frontalangriff auf das Umlageverfahren in der Pensionsversicherung und wird deshalb mit allerlei Gegenmaßnahmen geahndet. (Siehe auch „Die Pensionen sind sicher“)

Gerechtigkeit verwirklichen
Darunter versteht man einen Sammelbegriff, unter dem alle politischen Maßnahmen zur Diskreditierung der Kreditinstitute sowie der Finanzdienstleister insgesamt subsummiert werden. Dazu zählen unter anderem der Vorwurf an die Banker (Gier), die Legende von der Rettung der heimischen Banken durch Verlustabdeckung seitens der blutenden Steuerzahler, die Bemühungen zur Wiedereinführung einer Substanzbesteuerung, das Anprangern leistungsgerechter Bezahlung einschließlich der Boni sowie die Renaissance der Erbschaftssteuer.
Fortsetzung folgt - üh -

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Check Point in – Thörl-Maglern?

Nur wirklich älteren Semestern ist Thörl-Maglern noch ein Begriff. Dieser Ortsteil der Grenzgemeinde Arnoldstein war vor Jahrzehnten deshalb den meisten Österreichern bekannt, weil sich dort regelmäßig ein Stau bildete, wenn die Ostösterreicher scharenweise auf Urlaub nach Italien oder die Kärntner zur Entlastung des eigenen Einzelhandels nach Tarvis aufbrachen. Möglicherweise wird dieser Begriff bald wieder in die diversen Verkehrsmeldungen Eingang finden ...
Die Freizügigkeit namens Schengen ist in Gefahr. Italien und Frankreich drängen auf eine zeitlich befristete Wiederbelebung der Grenzkontrollen wegen der Flüchtlinge aus Tunesien. Dänemark hat Grenzkontrollen an den Übergängen aus Deutschland wieder eingeführt.
Die praktische Durchführung oder gar Sinnhaftigkeit einer solchen Aktion liegen aber völlig im Dunkeln. Die meisten Grenzstationen sind mittlerweile beseitigt, es gibt keine bauliche Infrastruktur mehr. Wer soll auf diese Weise am unberechtigten Grenzübertritt gehindert werden? Es ist doch naiv anzunehmen, dass Asylwerber, die sich irgendwo im Süden Europas aus den Sammellagern aus dem Staub gemacht haben, nunmehr die offiziellen – und wiederbewachten – Grenzübergänge frequentieren werden. Da aber wirklich „flächendeckende“ Kontrolle der Grenzen nicht möglich ist, wird diese mögliche Aufhebung des Schengen-Abkommens zum Placebo verkommen. Zumal jetzt die Hauptreisezeit vor der Tür steht und daher praktisch nur stichprobenartige Kontrollen möglich wären.
Die Freizügigkeit im Reiseverkehr ist eine der wenigen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses, die im Alltag von den EU-Bürgern als Wohltat empfunden werden. Das ist gewiss vordergründig, aber es ist so. Werden die Grenzbalken neu installiert, dann wäre das nicht nur eine Blamage für das Binnenmarkt-Konzept insgesamt, sondern auch sicherheitspolitisch eine äußerst fragliche Maßnahme.
Lasst daher bitte Schengen in Ruhe! Der europäischen Idee zuliebe. Sie ist in diesem Lande ohnehin schon zerzaust genug … - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Ich bin kein Sexbanker, ich bin kein Wutbanker, ich bin ein Social Banker.“
Erste Bank Vorstand Peter Bosek am 19.Mai am Rande der Vorstellung der Mikrokredit-Netzwerkveranstaltung mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer

„Ich habe sechs Jahre lang auf die Finanzen einer Partei aufgepasst und bin sehr politikinteressiert, aber ich möchte als Sparkassenmann in Pension gehen.“
Generaldirektor Andreas Treichl

Impressum

Herausgeber, Redaktion:
Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkassenverband.at

SPARKASSE Verband Österreich

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Alfred Paleczny, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl, Mag. Andreas Feichtenberger
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Michael Mauritz, Mag. Nina Hoppe, Mag. Peter N. Thier, Roland Tassler, Dipl.Pol. BA (hons)

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung:
Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 19.5.2011 redaktionell abgeschlossen.